

Einige politische Nachrichten.

Die Wirtschaftspolitik. Bei den Beratungen des Untersuchungsausschusses über die Stützung der Mark tritt immer deutlicher das Verbrechen verschiedener Mitglieder, insbesondere der Abge. Häßlerich und Dr. Dennerburg, auf, die Tatsache zu verleugnen, daß weite Kreise der privaten Wirtschaft erhebliche Vorteile auf Kosten der Reichsbank und auf Kosten des auf die Papiermark angewiesenen Büfflums durch die Inanspruchnahme von Wechselkrediten bei der Reichsbank hohen erzielen können. Die Diskussion ergibt indes immer wieder Tatsachen, die gezeigt sind, daß gesamte bisherige Verfahren des Untersuchungsausschusses als ungünstig zur Erfüllung praktischer Ergebnisse erscheinen zu lassen. So hat sich entgegen den früheren Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Hauerlein, daß die Kürzungsermächtigung durch den Staat, insbesondere durch Begebung von Reichsschachwechseln, vorgenommen worden sei, in der letzten Sitzung herausgestellt, doch sehr erhebliche Kreditkredite, und zwar wurden sie bis zur Höhe von einer Billion Papiermark beauftragt, auch in dem privaten Wechselbank der Reichsbank enthalten sind.

Schutz Danzigs durch den Völkerbund. Am Donnerstag traf in Danzig der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ein. In politischen Kreisen muß man dem Besuch besondere Bedeutung bei, ähnlich der letzten Differenz zwischen Danzig und Posen. Besonders bedeutam ist die Antwort Drummonds auf die Begrüßungsansprache des Danziger Senatspräsidenten Sahn, in der Drummond seine Verpflichtungen erfüllte, durchaus anzuerkennen, und daß er betonte, daß der Völkerbund die loyale Art, in der Danzig in vollem Umfang für alle Rechte der Freien Stadt einzutreten werde. Man glaubt in Danzig in dieser Neuerung eine bestimmte Ablehnung der polnischen Vorwürfe erkennen zu können. — In Pommerellen sind wieder einmal fünf deutsche Güter entzogen worden.

Das Durcheinander in Lausanne. Die Orientkonferenz ist noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Trotzdem sind alle Gerüchte von einem Ultimatum der Alliierten, von einer Spaltung innerhalb der türkischen Delegation, von der abormaligen Verzögerung der Konferenz einstweilen mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Alliierten mit Drohungen vorgehen werden, solange auch nur noch der Schatten einer Hoffnung auf Einigung besteht. Unruhig geworden sind bisher nur die Griechen, aus deren Kreisen auch die allerdings schon wieder bementierten Gerüchte von einem Separatfrieden ausgingen. Die französischen Meldungen über die Möglichkeit eines Abruchs oder einer Verzögerung der Konferenz werden nur als ein Trickmittel gegenüber den Türken angesehen. Daß die Alliierten ihre Zustimmung zu einem türkisch-griechischen Präliminarien geben sollen, erscheint allerdings ausgeschlossen, weil dadurch die Stellung der Türken den Alliierten gegenüber außerordentlich gestärkt werden würde.

Russische Spionage in Finnland. Wie Finnland bestätigt, hat der Minister des Innern die russische russische Spionage in Finnland erachtet, den Nach des russischen Militärratschefs Lilleküla zur Ausstellung eines Studienreisums nach Rostow einzuführen, da erwiesen sei, daß Lilleküla in eine Spionagegruppe verwickelt sei. Lilleküla soll für die Beschaffung von Mitteln aus dem Wehrkreisministerium Geldsummen bezahlt haben. In der Presse macht sich eine starke Empörung über diesen neuen Beweis von Allovalität gegen Finnland bemerkbar.

Von Stadt und Land.

Aus, 9. Juni.

Die gesetzlichen Feiertage.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde der Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktage behandelt. Die Reichsregierung begründete das Gesetz. Nach dem Paragraphen 1 des Gesetzentwurfs soll der Feiertagsatz, das ist der 11. August, als Nationalfeiertag des deutschen Volkes gefeiert werden. Der Ausschluß schloß sich diesen Ausführungen in seiner Mehrheit an und nahm Vortrag 1 an.

Auch Paragraph 2 wurde angenommen, der als Gedenktag für die Opfer des Krieges den sechsten Sonntag vor Ostern feststellt.

Paragraph 3 des Gesetzes gibt die Feiertage auf, die als reichsgesetzlich anerkannt gelten sollen und daher von den einzelnen Ländern nicht aufgehoben werden können. In der Reichsverfassung selbst sind bisher nur die Sonntage reichsgesetzlich als Feiertage bestimmt. Hierzu treten nach dem Entwurf der Verfassungstag und die hohen christlichen Feiertage, die im Gefühl des ganzen Volkes als Feiertage veranzt sind: Weihnacht, Neujahr, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten.

In der Abstimmung wurde der von der Reichsregierung eingelebte Stichtag des 1. Januar 1928 abgelehnt und statt dessen der 11. August 1919, der Termin des Inkrafttretnisses der Verfassung als Stichtag für die drei Feiertage festgestellt.

Der Vorschlag des Paragraphen 4 wurde abgelehnt, in dem den Ländern für die Festlegung des 1. Mai als Feiertag freie Hand gegeben wurde. Nach dem Beschluss des Ausschusses gilt also der 1. Mai nicht mehr als Feiertag und kann auch durch Landesrecht nicht mehr zum Feiertag gemacht werden, sobald das Reichsgesetz verabschiedet ist. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Ländern auch für den 9. November freie Hand zu lassen, wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt. Darauf vertagte sich der Ausschluß.

Ende der öffentlichen Brotversorgung. Der Wirtschaftsausschuß des Reichstags nahm Paragraph 8 des Gesetzes, der die allgemeine Brotversorgung betrifft, in folgender Fassung an: Die öffentliche Brotversorgung soll mit dem 10. September 1928 fort. Die Reichsregierung kann sie mit Zustimmung des Reichstages ganz oder teilweise bis zum 1. Oktober 1928 fortsetzen. Zugleich wurde ein Entschließungsantrag, wonach die Verwaltungsstelle Reichspoststelle spätestens am 31. Dezember d. J. zu schließen ist.

Der Schulbezirk in der Südbau. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Dem Unternehmen nach ist auf Verfügung des Reichsschulamts Alten in acht katholischen Schulen an acht katholischen Orten der Südbau, das Schulgebäude verboten worden, obwohl diese Schulen den ausgesprochenen Charakter der Katholischschulen tragen, auf bis nach ministerielles Verordnung vom 9. März 1928 das allgemeine Verbot des Schulgebäudes keine Auswendung finden soll. Die katholischen Eltern der Südbaufliegen haben, da daß Schulministerium ihnen gesto-

ßen, so beträgt die Steuer für den zweiten Hund 6000 Mark und für jeden weiteren Hund 12 000 Mark.

Görlitz. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden. Der Gemeindebeitrag zur Kleinrentnerfürsorge wurde bewilligt, doch sollen Schritte getan werden, daß künftig das Reich oder der Staat diese Last trägt. Dem Jugendbund im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Abteilung Aue-Bischdorf, wurde ein Schulzimmer zur Benutzung bedingungsweise überlassen.

Letzte Drahtnachrichten.**Berichte zur deutschen Note.**

Paris, 8. Juni. In einer heute nachmittags abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Senatsausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten ging Dein-care auf die deutsche Note ein und erklärte, die belgische und die französische Regierung seien darüber einig, keinen Vorschlag zu prüfen, hem nicht die vollständige Einstellung des walisischen Widerstandes.

Dennoch englisch-französischer Meinungsaustausch?

Paris, 8. Juni. Über die weitere Behandlung der gestern überreichten deutschen Vorschläge durch die französische Regierung spricht „Journal des Débats“, offenbar bestreift, obwohl man noch keine Erklärungen abgegeben habe. Könne doch angenommen werden, daß ein Meinungsaustausch mit dem britischen Stabstett erfolge. Ein alliterierter Schrift scheint nur dann möglich, wenn die englische Regierung von fest ab mit der französischen und belgischen Regierung dahin einigt wäre, die vorherige Einstellung des walisischen Widerstandes zu verlangen.

Engelisch wird erwartet, daß wohlwerde vorholen, daß Frankreich und Deutschland einem Waffenstillstand im Ruhegebiet zustimmen, während die Alliierten zunächst unter sich und dann mit Deutschland über das deutsche Reparationsangebot und das gesamte Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands verhandeln.

Aufnahme der deutschen Note weiter in den englisch-amerikanischen Presse gänzlich.

London, 9. Juni. Die Weiterstellung des deutsch-schwedischen Wiederaufbaus in der heutigen Sitzung ist weiter einstellig. Die gute Aufnahme des deutschen Wiederaufbaus in den Vereinigten Staaten wird besonders hervorgehoben. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Die deutsche Note wird im amerikanischen Regierungskreis als ein ausgedrohter Vortritt gegenüber allem, was Berlin bisher angeboten hat, angesehen. „Daily Express“ meldet: Gestern fanden Gespräche über das Wiederaufbau unter den Stabstett statt. Das Stabstett wird bald eine Gigant. „Mail“ ist von der Stabstettigkeit vollen Entzerrung des Wiederaufbaus überzeugt.

Ein neuer Zwischenfall.

Öden, 8. Juni. Heute morgen erhielt eine so genannte Abordnung des Arbeitsrates in den Wohnung des Beigeordneten Dr. Huttner, holte ihn aus dem Bett und zwang ihn unter Drohungen, nach dem Stabhaus mitzukommen, um dort wegen Erfüllung der Unterstüzungsforderung zu verhandeln. Durch teilweise Bewältigung der Forderungen gelang es der Stadtoberwaltung, die Heute einstweilen zu beruhigen.

Zum Gedenktag der Freiheit.

Wittenbergen, 8. Juni. In der Stadtbewohnerversammlung erklärte der Oberbürgermeister, der durch die kommunistischen Unruhen am 28. Mai in der Stadt angerichtete Schaden beträgt viele Millionen. Zur Entzerrung der Unruhen habe der Umstand beigetragen, daß nach Aussage vieler deutscher Bevölkerung französische Truppen an mehreren Stellen gegen die Ordnungsmannschaften vorgegangen seien und einige auch verwundet hätten.

Überlagerungen.

Senftenberg (Niederlausitz), 8. Juni. Auf der Grube Gräfin der Niederlausitz A.-G. kam es heute zu Unruhen. Die Gesellschaft hatte den Bergleuten einen Vorschlag von 60 000 Mark gezaubert, ihn aber bei der letzten Wochenschlussabgabe in der Gemeinde Auerhammer nicht erhoben. Für die Gemeinde Auerhammer war dies genehmigt. Der Gemeinderat auf das erste Halbjahr 1928 eine Beihilfe in Höhe von 20 000 Mark. Darauf folgt nichtöffentliche Sitzung.

Wilsdruff. Verdächtige Haushalte. Diese wurden zwei Bergleute festgenommen, die mit Schotola, Schubert, Waislaff und anderen ausgaben, ohne im Felde eines Wohlbergenverdachts zu sein. Schließlich stellte sich heraus, daß sie die Waren, die einen Wert von über 100 000 Mark hatten, in der Nacht vorher bei einem Einbruch in Wilsdruff entzogen hatten. Die beiden Bergleute, in denen ein Wohlbergen Jakob wohnhafter 27-jähriger Handarbeiter Sänger aus Auerhammer und ein 19-jähriger Arbeiter Hahn aus Wilsdruff festgestellt wurden, kamen zur Haft. Sie sollen in der gleichen Zeit auch in der Nähe des Wohlbergen im Spiegelwald bei Wilsdruff einen Raubüberfall auf einen Arbeiter aus Wilsdruff verübt haben.

Chemnitz. Kundenkonto. Für jeden im Chemnitz gebauten Hund ist ab 1. April 1928 eine jährliche Steuer von 8000 Mark zu zahlen. Wenn innerhalb eines Geschäftsjahrs, gleichwohl ob von selben Vorstand oder von seinen Angehörigen oder Bediensteten, mehrere Hunde gehalten wer-

den, so beträgt die Steuer für den zweiten Hund 6000 Mark und für jeden weiteren Hund 12 000 Mark.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenden Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenen Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenen Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenen Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenen Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung. Im Gemeinderat Nr. 29 sollen einige dringend notwendige Zusammensetzung vorgenommen werden. Das Nachverhältnis mit dem Naturfreundverein hinsichtlich der Schrebergärten wurde neu festgestellt und der Nachpreis für 1928 bestimmt. Der Antrag der Schrebergärtner an die Ortswohlerleitung wurde genehmigt. Der Gaspreis für Monat Mai wurde auf 720 Mark festgesetzt. Von den Gasabnehmern soll ein Vorschlag auf das eingehobene Gas eingehoben werden, damit die Gasverwertung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Eine Verbilligung der Totenbestattung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinde Sorge anstrengt lädt, und diese an die Einwohner zum Selbstostenpreis abgibt. In gleicher Weise soll auch mit der Sanierungsstättung verfahren werden. Von Errichtung einer Preisprüfungsstelle soll abgesehen werden, doch soll ein Kontrollausschuss eingesetzt werden.

Gas- und Strompreiserhöhung.

U.S.A. 8. Juni. Infolge der im Juni eingetretenen Wollpreiserhöhung und der allgemein steigenden Leistung wird für Strom und Gas eine ganz bedeutende Gas- und Strompreiserhöhung erforderlich machen. Ungefährliche Preise werden nach bekanntem Datum.

Aus, den 8. Juni 1928.

Dirkseien. Gemeinderatsbildung.